

# Mikrozensus: Von verschwundenen Daten und verschwundenen Armen

Ulrich Schneider

Politik wird mit Sprache gemacht. Wer die Themen- und Meinungsführerschaft übernehmen will, muss zuallererst Begriffe setzen oder besetzen. Die Union hat es in ihren letzten Kampagnen geradezu schulbuchmäßig vorgeführt: »Totalverweigerer« war so ein Schlüsselwort oder »Lifestyle-Teilzeit«, der Merz'sche »Sozialtourismus« oder die schon ältere »Anti-Abschiebe-Industrie« eines Alexander Dobrindt. Und wenn das gegnerische Lager sich so richtig empört zeigt, umso besser: Es verstärkt nur den gewünschten Platzierungseffekt. Ohne das strategische Setzen und Besetzen von Begriffen läuft in der politischen Kommunikation gar nichts. Die Medien wollen und brauchen sie, diese Ein-Wort-Botschaften. Sie lieben sie. Und die politischen Akteure brauchen die Medien.

Eine ähnliche Funktion erfüllen Zahlen. Zahlen, Daten, Statistiken suggerieren Gewissheit, Faktennähe und Objektivität. Für die gelungene politische Kommunikation sind Kennzahlen zwar nicht unerlässlich, aber ungemein hilfreich. Sie werden von den Medien genauso begierig und zuverlässig aufgenommen wie die zugespitzte Formulierung. Auf ihre Art sind sie bereits eine Zuspitzung: Die gesamte Botschaft in einer Zahl, idealerweise in einer Rekordzahl. 41 Prozent der gesamten deutschen Staatsausgaben gingen in die soziale Sicherung, ein europäischer Spitzenwert, klagte Ende letzten Jahres, pünktlich zu Beginn der Haushaltswoche im Deutschen Bundestag, das arbeitgebernahe IW Köln und konnte sich der medialen Aufmerksamkeit sicher sein.<sup>1</sup> Mit 24,8 Milliarden Euro hätten unsere Kommunen ein neues Rekorddefizit zu verzeichnen, alarmierte die Bertelsmann-Stiftung im letzten Sommer und machte damit Schlagzeilen.<sup>2</sup> 147 Milliarden Euro Mehreinnahmen könnten die öffentlichen Kassen durch eine Vermögensteuer generieren, ließ sich DIE LINKE jüngst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausrechnen<sup>3</sup>, und selbst die etwas befremdliche Meldung des Ifo-Instituts, wonach in Deutschland über 500 Sozialleistungen existierten und die Sozialgesetzbücher 3246 Paragraphen umfassten, fand ihre Abnehmer bei den Medien.<sup>4</sup>

Politik wird neben Sprache mit Zahlen gemacht. Man kreiert sie selbst, gibt Studien in Auftrag in der Hoffnung auf passende Zahlen oder springt auf, wenn andere sie vorlegen.

So ist es auch, wenn es um die Armut im Lande geht. Armutsquoten, der prozentuale Anteil armer Menschen an der Bevölkerung, sind sozusagen mediale Selbstläufer. Auch aus Sicht der meisten Redaktionen ist die Tatsache massenhafter Armut in der drittgrößten Wirtschaftsmacht auf diesem Planeten zumindest »nicht in Ordnung«, im wahrsten Sinne des Wortes außergewöhnlich und in jedem Fall berichtenswert. Und so nutzen auch Sozialverbände und interessierte Parteien die regelmäßigen Veröffentlichungen der amtlichen Quoten zur medialen Platzierung sozialer Missstände und ihrer einschlägigen Forderungen zu deren Beseitigung.<sup>5</sup>

Meistbeachtet und meistgenutzt waren bisher die Quoten, die das Statistische Bundesamt auf der Grundlage des sogenannten Mikrozensus errechnete, eine jährliche Befragung von rund 800.000 Personen in rund 400.000 Haushalten, also 1 Prozent der Bevölkerung.<sup>6</sup>

Als »armutsgefährdet« werden darin, einer EU-Konvention folgend, alle Personen in Haushalten gezählt, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens (Medianeinkommen) in der Bevölkerung beträgt, wobei das Haushaltseinkommen zur Vergleichbarkeit unterschiedlicher Haushaltstypen nach Haushaltsgröße und Alter der Personen im Haushalt gewichtet wird (Haushaltsäquivalenzeinkommen). Verbände, die mit diesen Zahlen arbeiten, sprechen dabei nicht lediglich von »Armutgefährdung«, sondern von »Armutquoten« und »Armut«, die sich ihrer Ansicht nach hinter diesen Quoten verbirgt.<sup>7</sup>

Über 14 Millionen Einkommensarme in Deutschland, eine Armutsquote von 16,6 Prozent, bei Minderjährigen sogar von 20,7 und bei Alleinerziehenden von 41 Prozent – das waren Zahlen, die zuletzt, im Frühjahr 2024, alarmierten.<sup>8</sup> Sie waren die Erstergebnisse des Mikrozensus für 2023. Üblicherweise hätten einige Monate später die Endergebnisse kommen müssen, in die dann auch die Fragebögen der letzten Nachzügler eingegangen wären. Doch darauf wartete die interessierte Fachöffentlichkeit dieses Mal vergeblich. Auf Nachfrage wurde man hinge-

1 »Deutschland hat höchste Sozialausgaben in Europa« auf [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 14.11.2025, online: [www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/sozialausgaben-rente-kosten-rentenstreit-iw-studie-100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/sozialausgaben-rente-kosten-rentenstreit-iw-studie-100.html).

2 »24,8 Milliarden Euro Defizit – Kommunen rutschen ins Rekordminus« auf [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 30.07.2025, online: [www.tagesschau.de/wirtschaft/kommunen-defizit-rekord-personalkosten-sozialausgaben-100.html](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/kommunen-defizit-rekord-personalkosten-sozialausgaben-100.html).

3 Stefan Bach, Florian Wichers, Tony Mudrack: Vermögensteuer Die Linke – Aufkommens- und Verteilungswirkungen. DIW Berlin: Politikberatung kompakt 211, Berlin 2026.

4 »Ifo-Institut zählt dreimal so viele Sozialleistungen wie bisher bekannt« auf [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 15.10.2025, online: [www.spiegel.de/wirtschaft/ifo-institut-konnte-wirkung-von-sozialleistungen-nicht-berechnen-a-16461c1b-8161-4167-b5a0-038dd647b603](http://www.spiegel.de/wirtschaft/ifo-institut-konnte-wirkung-von-sozialleistungen-nicht-berechnen-a-16461c1b-8161-4167-b5a0-038dd647b603).

5 Siehe beispielhaft die Armutsberichte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, online: [www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-europa-klima/armut-und-grundsicherung/armutsbericht/armutsberichte-von-1989-bis-heute](http://www.der-paritaetische.de/themen/sozialpolitik-europa-klima/armut-und-grundsicherung/armutsbericht/armutsberichte-von-1989-bis-heute).

6 Vgl. hierzu: Information und Technik. Statistisches Landesamt NRW: Analysen zur Einkommensarmut und -verteilung auf Basis des Mikrozensus, Februar 2023, online: [www.statistikportal.de/sites/default/files/2023-02/Analysen%20zur%20Einkommensarmut%20und%20verteilung%20auf%20Basis%20des%20Mikrozensus\\_1.pdf](http://www.statistikportal.de/sites/default/files/2023-02/Analysen%20zur%20Einkommensarmut%20und%20verteilung%20auf%20Basis%20des%20Mikrozensus_1.pdf).

7 Vgl. zu dieser Auseinandersetzung Ulrich Schneider: Armut kann man nicht skandalisieren, Armut ist der Skandal! – Vom Kampf um die Deutungshoheit über den Armutsbegriff. In: Ulrich Schneider (Hg.): Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen. Frankfurt am Main 2015 S. 12 ff.

8 Vgl. Ulrich Schneider: Kinderarmut sinkt markant, Altersarmut auf dem Vormarsch - Expertise zu den Erstergebnissen des Mikrozensus zur Armutsentwicklung, 2023, online: <https://ulrich-schneider.rocks/download/583>.

halten, bis das Statistische Bundesamt im Sommer 2025 die Bombe schließlich platzen ließ: Auf ihrer Homepage erklärten die Wiesbadener Statistiker, dass die bundesweiten Armutsquoten des Mikrozensus ab sofort nicht mehr zur Verfügung gestellt würden. Was bereits im Netz war, wurde rückreichend bis 2020 wieder gelöscht.

Man werde künftig nur noch bundesweite Armutsquoten veröffentlichen, die das Statistische Bundesamt auf der Grundlage einer anderen Datenquelle errechnet, der »European Union Statistics on Income and Living Conditions«, kurz EU-SILC. Diese Statistik wird seit 2005 in der gesamten EU angewandt und wurde in erster Linie für europaweite Vergleiche geschaffen. EU-SILC sei nun die »amtliche Hauptdatenquelle für die Messung von Armutgefährdung und Lebensbedingungen«, wie die Behörde in fett gesetzter Schrift verlautbarte.

Begründet wird dies mit allerlei statistisch-methodischen Hinweisen, die jedoch, in der Natur der Sache liegend, durchaus diskussionswürdig sind. Hauptargument der Wiesbadener ist, dass EU-SILC das Einkommen der befragten Haushalte präziser erfassen würde. Es wird nach dem Vorjahreseinkommen des Haushalts gefragt und nach allen denkbaren Einkommensbestandteilen. Beim Mikrozensus wird dagegen pauschal nach dem letzten Monatseinkommen des Haushalts zum Zeitpunkt der Erhebung gefragt. Salopp formuliert würden dabei – nach Ansicht des Statistischen Bundesamtes – gerade ärmere Haushalte mit Kindern wahrscheinlich häufiger mal Einkommensbestandteile wie das Kindergeld vergessen.<sup>9</sup> Skeptiker halten dagegen, dass gerade ärmere Haushalte durchaus Überblick über ihre bescheidenen Einkommen hätten. Möglicherweise messen EU-SILC mit dem Vorjahreseinkommen und der Mikrozensus mit seinem aktuellen Monatseinkommen einfach nur etwas sehr Verschiedenes. Unter Armutgesichtspunkten ist in der Regel gerade das zeitnähere aktuelle Monatseinkommen eines Haushaltes relevant und nicht ein zurückliegendes Jahreseinkommen oder jahresdurchschnittliches Monatseinkommen. Ob bspw. vor Monaten irgendeine Sonderzahlung in einen Haushalt einfließt, spielt unter dem Gesichtspunkt aktueller Einkommensarmut meist nur eine nachgeordnete Rolle.

All das könnte man als wissenschaftliche Feingeisterei abtun, wären die Differenzen zwischen EU-SILC und den mittlerweile nicht mehr veröffentlichten Ergebnissen des Mikrozensus nicht so gravierend. Betrug der Anteil der einkommensarmen Bevölkerung an der Gesamtpopulation in 2022 (das letzte Erhebungsjahr, zu dem das Amt seine Endergebnisse veröffentlichte) nach dem Mikrozensus 16,8 Prozent, waren es nach EU-SILC »lediglich« 14,4 Prozent. Statt 13,9 Millionen waren es »nur« 11,9 Millionen Arme. Nicht jedes fünfte, sondern gerade noch jedes siebte Kind war danach in diesem Jahr von Armut betroffen, und die Armutsquote der Alleinerziehenden schrumpfte gleich von 43,2 laut Mikrozensus auf 23,7 Prozent laut EU-SILC.<sup>10</sup>

9 Vgl. Carola Kühnen: Analysen zur Einkommensverteilung des Mikrozensus und EU-SILC. In: Statistisches Bundesamt, WISTA, 6 / 2025, S. 11 ff.

10 Vgl. Schneider 2023 (wie FN 8) sowie Statistisches Bundesamt: »Gefährdung durch Armut oder soziale Ausgrenzung«, online: [www.statistikportal.de](https://www.statistikportal.de) <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen/gefaehrung-durch-armut>.

Hinzu kommt, dass eine dritte Datenquelle, das Sozioökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für die letzten Jahre ebenfalls deutlich höhere Quoten generiert als EU-SILC. Dies betrifft gerade auch die hohen Armutsquoten von Minderjährigen und Alleinerziehenden.<sup>11</sup>

Das Vorgehen des Statistischen Bundesamtes stieß in der Fachöffentlichkeit auf heftigen Protest, der auch durch einen fachlichen Austausch nicht ausgeräumt werden konnte.<sup>12</sup> Die Hinweise der Behördenstatistiker:innen auf eine vermeintlich methodische Überlegenheit von EU-SILC gegenüber dem Mikrozensus sind bei weitem nicht so zwingend, als dass man auf dieser Grundlage errechnete Armutsquoten unter Verschluss halten müsste. Immerhin werden die Mikrozensusquoten für den Bund bis 2019 durchaus noch im Netz belassen und das Statistische Landesamt NRW rechnet – auch für die anderen Landesämter – weiterhin mit den Einkommensdaten des Mikrozensus. Zwar gehen auch die Nordrhein-Westfalen davon aus, »dass im Mikrozensus das Niveau der Einkommen unterschätzt wird«, doch stelle dies »für Analysen zur Einkommensverteilung ... kein grundsätzliches Problem dar«. <sup>13</sup> So schlecht scheint es also um die Qualität der Daten auch aus amtlicher Sicht gar nicht bestellt zu sein.

Entscheidender dürfte daher ein anderer Grund sein, den das Bundesamt für das Zurückhalten der Quoten in bemerkenswerter Offenheit anführt: »Das Vorgehen dient dazu, die Veröffentlichung mitunter unterschiedlicher Ergebnisse zu ein und demselben vermeintlichen Sachverhalt zu vermeiden«, heißt es auf ihrer Homepage.<sup>14</sup> »Für die breite Öffentlichkeit ist die Festlegung auf eine bundesweite Armutsgefährdungsquote wichtig«, heißt es auch in einem Schreiben an die Armutsforscher:innen, die sich über dieses Vorgehen beschwert hatten. Man trage Sorge für ein »konsistentes statisches Gesamtbild«.

Das Statistische Bundesamt verlässt damit die fachlich-methodische Argumentation und nimmt stattdessen eine kommunikationsstrategische Setzung vor, ohne diese weiter zu begründen. Denn warum es nach vielen Jahren des unproblematischen Nebeneinanders von EU-SILC und Mikrozensus-Armutsquoten nun »wichtig« sein soll, der interessierten Öffentlichkeit nur noch ein einziges Rechenergebnis vorzulegen, erschließt sich nicht.

Vielmehr setzt sich das Amt dem Vorwurf aus, durch das Zurückhalten von Forschungsergebnissen der Öffentlichkeit eine statistische Eindeutigkeit vorgaukeln zu wollen, die tatsächlich nicht gegeben ist. Statt die fachlichen

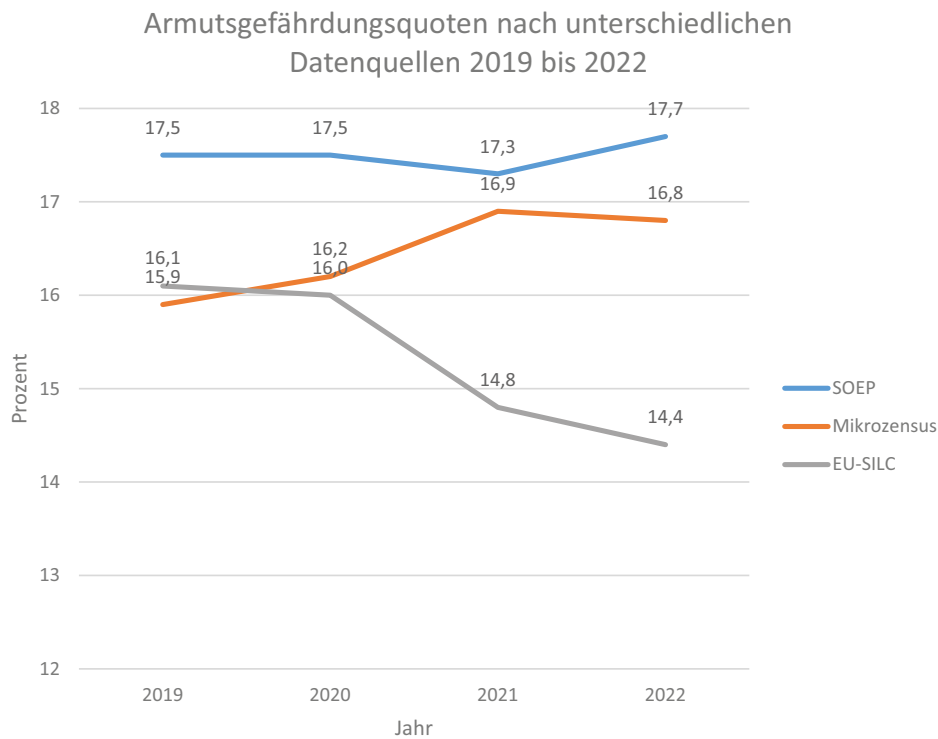
11 Vgl. Markus M. Grabka: Einkommensverteilung: Anzeichen für Trendbruch beim Armutsrisiko – Alleinerziehende seltener von Armut bedroht. In: DIW-Wochenbericht 8 / 2025, S. 104 ff.

12 Siehe hierzu den offenen Brief von 30 Armutsforschern und Armutsforscherinnen an die Präsidentin des Statistischen Bundesamtes vom 11. August 2025, online: <https://gks-consult.de/armutsdaten-mikrozensus-brief-stabu>.

13 Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen / Statistisches Landesamt: »Methodische Erläuterungen - Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle« auf [www.statistik.nrw](http://www.statistik.nrw), online: <https://statistik.nrw/gesellschaft-und-staat/soziales/sozialberichterstattung/armutsgefaehrungsquote-und-armutsgefaehrungsschwelle>.

14 Statistisches Bundesamt: »Nutzung von MZ-SILC für Armutsgefährdungsquoten und weitere Einkommensindikatoren gemessen am Bundesmedian«, online: [www.statistikportal.de/de/sbe/erlaeuterung-bundesmedian](http://www.statistikportal.de/de/sbe/erlaeuterung-bundesmedian).

ABBILDUNG



Quelle: s. FN 10 sowie zur SOEP-Datenreihe Dorothee Spannagel: Mehr Ungleichheit - weniger politische Teilhabe, WSI-Verteilungsbericht 2025, WSI-Report Nr. 108, November 2025.

Gegenargumente und die Forderung aus der Wissenschaft nach Transparenz zu würdigen und weiterhin alle rechenbaren Quotenergebnisse zu veröffentlichen, schlüpft das Bundesamt in die Rolle eines staatlichen Datenwächters. Es beschneidet den fachlichen Diskurs und greift damit nolens volens auch in die öffentliche Diskussion und Meinungsbildung über Armut in Deutschland ein.

Auf der Strecke bleiben Langzeitvergleiche zur Armutsentwicklung in Deutschland, da EU-SILC 2020 neu aufgesetzt wurde und »ein inhaltlicher Vergleich der Ergebnisse des Jahres 2020 mit den Vorjahren ... daher nicht möglich (ist)«, wie das Amt mitteilt.<sup>15</sup> Auch bei der Datenerhebung zum Mikrozensus wurden 2020/2021 Neuerungen vorgenommen, doch waren sie längst nicht so gravierend. Die Ergebnisse dagegen sind ab 2020 »nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar«,<sup>16</sup> wie das Bundesamt mitteilt, doch ist der Vergleich, anders als bei EU-SILC, offenbar nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Auf der Strecke bleibt auch eine Vielzahl bisher üblicher kleinräumiger Auswertungen und soziodemographischer Analysen, die die Regionen an einer einheitlichen

bundesweiten Armutsschwelle messen und die unter armutspolitischen Gesichtspunkten von großem Interesse sind. Die EU-SILC-Stichprobe ist mit ihren bundesweit rund 45.000 Personen in 26.000 Haushalten für solche Berechnungen schlicht zu klein.

Es mutet an wie ein Schildbürgerstreich, der der Öffentlichkeit da gespielt wird, doch ist die politische Beimischung durchaus relevant. Es geht um die schwierige Frage, ob eine Fachbehörde für Statistik befugt sein soll, eigenständig kommunikationsstrategische Entscheidungen dazu zu treffen, welche Berechnungen einer breiteren interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und welche nicht und ob nur ein oder mehrere Ergebnisse zu einem Thema veröffentlicht werden – insbesondere dann, wenn es sich um so brisante Daten wie die zur Armutsentwicklung in Deutschland handelt.

Zahlen machen Politik. Wer mit Zahlen agiert, trägt nicht nur fachliche, sondern auch politische Verantwortung. Im Zweifel muss in einer demokratischen Gesellschaft das Gebot maximaler Transparenz gelten. Wer Zahlen zurückhält, muss sich kritischen Anfragen stellen.

15 Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC 2020 (Mikrozensus-Unterstichprobe zu Einkommen und Lebensbedingungen) 2022, S. 10, online: [www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/leben-in-europa-2020.pdf](http://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/leben-in-europa-2020.pdf).

16 Statistisches Bundesamt: »Der Mikrozensus seit 2020«, online: [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus-2020.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus-2020.html).



**Ulrich Schneider** war langjähriger Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und ist heute als Senior Experte für die GKS Consult – Gesellschaft für Kommunikation und Soziales tätig.